

Länderberichte Religionsfreiheit: Libyen





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

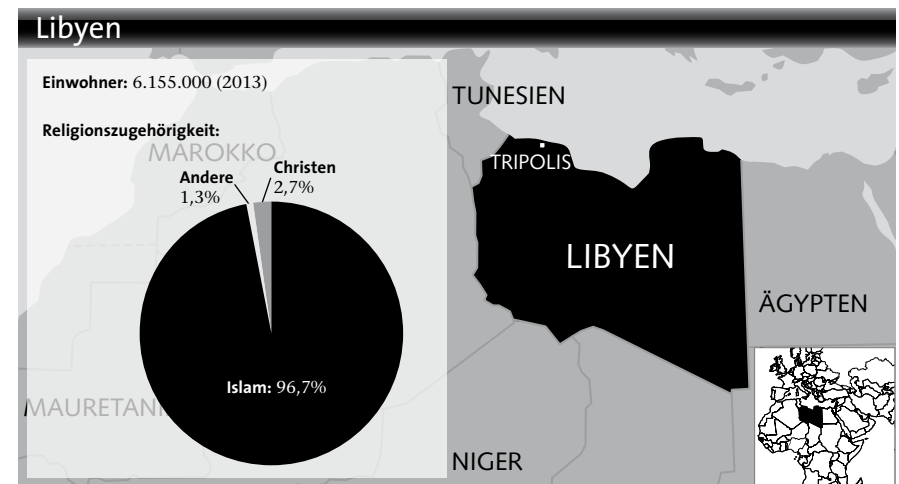
der Arabische Frühling hat bedeutende politische Veränderungen in Libyen in Gang gesetzt. Der Diktator Muammar Gaddafi wurde 2011 gestürzt, ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen um die Macht ist nicht abzusehen. Sie vertreten unterschiedliche politische Ziele für den Neuaufbau des Staates.

Libyen gehört zum kulturellen Raum des Mittelmeeres. Griechen, Römer Byzantiner, arabische und osmanische Muslime sowie europäische Kolonialmächte haben Libyen beherrscht. Ihre Spuren kann man heute noch in oft beeindruckenden Ruinen finden. Tief geprägt haben jedoch die arabischen Muslime die libysche Gesellschaft. Die Libyer haben die arabische Sprache mit dem Islam übernommen, der die Gesellschaft nachhaltig geprägt hat. Die einst blühenden christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinschaften sind untergegangen.

Es gilt jetzt, die politischen und sozialen Brüche zu überwinden und einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Die Einhaltung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit muss dabei einen zentralen Raum einnehmen. Der politische Neuanfang nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes sollte in diesem Zusammenhang als Chance und Herausforderung zugleich begriffen werden. missio wird die zukünftige Entwicklung des Landes deshalb sehr aufmerksam beobachten.

Prälat Dr. Klaus Krämer
Präsident, missio Aachen

Länderberichte Religionsfreiheit: Libyen



Zitiervorschlag:

P. Hans Vöcking MAfr, Religionsfreiheit: Libyen; in: missio, Internationales Katholisches Missionswerk e.V. (Hg.), Länderberichte Religionsfreiheit, Heft 24, Aachen 2014

Der völkerrechtliche Rahmen

Libyen ratifizierte am 15. Mai 1970 den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (IPbpr) vom 16. Dezember 1966. Zusammen mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ (UDHR) garantiert der Pakt rechtsverbindlich die grundlegenden Menschenrechte, die auch als „Menschenrechte der 1. Generation“ bezeichnet werden: Das Recht auf Leben, das Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit, das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit sowie das Recht auf Teilnahme an allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen. Außerdem werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau und ein generelles Verbot der Diskriminierung ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten gefordert.

Artikel 18 des IPbpr gibt die Definition von Religionsfreiheit, die auch für Libyen völkerrechtlich verbindlich ist:

- (1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.
- (2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.
- (3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.
- (4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormundes oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eignen Überzeugungen sicherzustellen.

Ergänzt wurde der IPbpr durch ein Fakultativprotokoll von 1989, das die Individualbeschwerde eines jeden Betroffenen vorsieht. 1989 wurde dem Pakt ein „Zweites Fakultativprotokoll“ über die Abschaffung der Todesstrafe hinzugefügt.

Während ihrer Versammlung im Juni 1981 in Nairobi nahm die „Organisation der Afrikanischen Union“ (OAU), die 2002 umbenannt wurde in „Afrikanische Union“, die *Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker*

an. Sie trat am 21. Oktober 1986 in Libyen in Kraft. Der Artikel 8 garantiert die Gewissens- und die Religionsfreiheit.

Beim 16. Gipfel der Arabischen Liga vom 22. bis 23. Mai 2004 in Tunis wurde die *Arabische Charta der Menschenrechte* verabschiedet. Nach der Ratifizierung durch sechs Staaten, darunter Libyen, wurde sie am 15. Januar 2008 ratifiziert und trat am 15. März in Kraft. Der Artikel 30 legt fest, dass jede Person frei ist, ihre Überzeugung, ihren Glauben oder ihre Religion frei zu wählen. Diese Freiheit kann nur durch gesetzliche Vorgaben beschränkt werden.

Der nationalrechtliche Rahmen

Während der Diktatur *al-Gaddafis* gab es keine Verfassung und daher auch keine gesetzlichen Bestimmungen bzgl. der Gewissens- und der Religionsfreiheit sowie der privaten wie öffentlichen Ausübung der Religion.

Den Platz einer Verfassung nahm die Große Grüne Charta, besser bekannt als das „Grüne Buch“, ein. *al-Gaddafi* erklärt darin seine Vorstellung vom „Arabischen Nationalismus“, seine Idee vom beduinisch geprägten „Sozialismus“ und die Basisdemokratie in Form einer direkten, unmittelbaren Demokratie. Das „Grüne Buch“ war ein Ersatz für eine Verfassung und in einem begrenzten Rahmen auch die Grundlage für Religionsfreiheit, denn Art. 12 garantiert ein gewisses Maß an religiöser Freiheit sowie eine tolerante Haltung der Regierung gegenüber den Religionen.

Der Islam aber nahm de facto den Platz einer Staatsreligion ein und ist in das gesellschaftliche Leben integriert. Dennoch unterlag der Islam strengen Vorschriften und der Kontrolle durch die Regierung, um jedwede Einmischung in die Politik zu unterbinden. Die Folge war, dass jeder Versuch, einen politischen Islam oder eine islamistische Interpretation öffentlich zu bekunden, unterdrückt und bekämpft wurde.

Die Religionsfreiheit als Menschenrecht wird in Libyen unterschiedlich gewährt. Das gilt sowohl für den rechtlichen oder De-facto-Status einer Religion und Religionsgemeinschaft als auch für die freie Ausübung ihres Glaubens. Der Islam ist dominant und genießt absolute Freiheit, jedoch nur in einem Raum, der von der Regierung zugestanden wird. Christen und Juden sind als Anhänger einer „Buchreligion“ toleriert, doch nicht gleichberechtigt. Da sie fast ausschließlich Ausländer sind, kann nicht immer unterschieden werden, ob sie als Ausländer oder als Juden und Christen benachteiligt, diskriminiert oder gar verfolgt werden.

Ein reiches historisches Erbe

Die Geschichte Libyens ist Teil der Geschichte des Mittelmeerraumes. Die Berber bilden die Urbevölkerung Libyens. Sie wurden über Jahrhunderte von der europäisch-mediterranen und orientalischen Kultur beeinflusst. Die Urbevölkerung stand auch in Kontakt mit den sub-saharischen Kulturen, doch war ihr Einfluss nicht so prägend wie Europa und der Vordere Orient. Eine Ausnahme bilden die Tuareg (Amazigh) im Süden des Landes. Sie haben ihre Sprache beibehalten und pflegen weiterhin vor-islamische Traditionen wie z.B. die Gesichtsverschleierung der Männer. Das Wohngebiet der Tuareg ist der geographische Raum Ghadames im Süden des Landes.

Im 7. Jahrhundert v. Chr. begann an der libyschen Küste die griechische Kolonisation. Die Neuankömmlinge ließen sich in der Cyrenaika, dem östlichen Teil des heutigen Libyen, nieder und gründeten u. a. Kyrene (631 v. Chr.), Taucheira, Barce, Apollonia und Euphesperides, das heutige Benghazi.

Im 1. Jahrhundert v. Chr. eroberte Rom Tripolitaniens und die Cyrenaika. Nur das Volk der Garamanten in der Region Fessan im Süden des Landes konnte seine Unabhängigkeit bewahren. Die römische Herrschaft förderte massiv den Warenaustausch mit allen Teilen des Römischen Reiches, bekämpfte die Piraterie und profitierte von der blühenden Landwirtschaft, die von den Armee-Veteranen betrieben wurde, sowie vom Trans-Sahara-Handel mit der Sahelzone. Der Höhepunkt der römischen Präsenz war unter der Herrschaft von Kaiser Septimius Severus (r. 193–211) erreicht. Er vergrößerte seine Geburtsstadt Leptis Magna sowie die anderen Städte der Region und ließ sie großzügig ausschmücken.

Die arabisch-islamischen Heere eroberten im 7. Jahrhundert Libyen. Die Araber vermischten sich seit dem 11. Jahrhundert mit den Berbern und der Islam wurde die dominierende Religion. Die Bevölkerung übernahm die arabische Sprache. Der Islam wurde die prägende Kraft für das kulturelle, rechtliche und soziale Leben. Nur eine kleine Gruppe nomadisierender Araber bildet bis heute eine Sondergruppe innerhalb der libyschen Bevölkerung. Im 16. Jahrhundert setzten sich die Osmanen im heutigen Libyen fest. Die Stadt Tripolis wurde zu einem halb-autonomen, vom Sultan gefürchteten Korsarenstaat.

1911 begann der Italienisch-Türkische Krieg und Italien besetzte Teile des Landes. Im Vertrag von Sèvres wurde Libyen 1922 endgültig Italien zugeteilt, doch erst 1930 konnte Mussolini die Kolonialherrschaft über das ganze Land ausbreiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Libyen von 1945 bis 1951 UN-Treuhandgebiet, das von Großbritannien verwaltet wurde.

1951 wurde Libyen unabhängig und bildete eine konstitutionelle Monarchie mit föderativem Charakter, denn die Provinzen verfügten über ein eigenes Parlament. Idris I. wurde der erste König und regierte bis 1969. Er war gleichzeitig

das religiöse Oberhaupt der Sanussi-Bruderschaft¹, aber dadurch, dass er die Sufi-Bewegung auch für seine Politik benutzte, verlor sie erheblich an spiritueller Bedeutung in der Bevölkerung. Unter *al-Gaddafi* wurden ihre Aktivitäten stark eingeschränkt und erst nach dem *Arabischen Frühling* findet man die Bewegung wieder unter den politischen Akteuren.

In Abwesenheit des Königs, der mit seiner Frau Ferien in der Türkei verbrachte, putschte die Armee am 1. September 1969 und *Muammar al-Gaddafi* übernahm die Macht. Am 21. Juli 1970 ordnete er die Verstaatlichung des Vermögens der Italiener und der katholischen Kirche an. 1977 proklamierte *al-Gaddafi* die „Sozialistische Libysch-Arabisch-Volks-Jamahiriya²“.

Die politische und religiöse Situation

Mit der „Erklärung zur Befreiung ganz Libyens“ vom 23. Oktober 2011 hat Libyen ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufgeschlagen. Der am 7. Juli 2012 gewählte *Allgemeine Nationalkongress* wählte *Mohammed Magarief* zum Parlamentspräsidenten und damit de facto zum Staatsoberhaupt. *Ali Seidan* wurde Ministerpräsident der neuen Übergangsregierung. Nach dem Rücktritt von *Mohammed Magarief* wählte das Parlament am 25. Juni 2013 *Nuri Abu Sahmein* zum neuen Parlamentspräsidenten.

Eine der vordringlichsten Aufgaben des Parlaments ist die Organisation der Wahl der Mitglieder des Verfassungskonvents. Das Wahlgesetz wurde im Juli 2013 veröffentlicht. Der Konvent besteht aus 60 Repräsentanten, je 20 Personen werden in den drei Regionen Tripolitanien, Cyrenaika und Fessan direkt gewählt. Nicht alle sind mit den Vorgaben zufrieden, denn für Frauen sind nur sechs Sitze vorgesehen, obwohl sie 15 Sitze verlangt hatten. Diesen Anteil haben allerdings die Islamisten verhindert. Einen Wahltermin gibt es noch nicht. Der Konvent soll innerhalb von 120 Tagen einen Verfassungsentwurf erarbeiten, über den das Volk in einem Referendum abstimmen muss. Auf der Grundlage der neuen Verfassung sollen dann Wahlen zu einem regulären Parlament abgehalten werden.

Die Gefahren für den Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozess sind allerdings nicht unerheblich. Nach wie vor zirkulieren große Mengen von Waffen in Libyen, und Rivalitäten zwischen Milizen gefährden das öffentliche Leben. Die Aussöhnung der ehemaligen Gegner wird ein schwieriger und schmerzhafter Prozess werden.

Ein ungelöstes Problem ist die Regionalisierung. Libyen ist seit alters her in Tripolitanien im Westen, Cyrenaika im Osten und Fessan im Süden aufgeteilt. Sie waren seit jeher autonome Zonen und wurden zum ersten Mal in der Geschichte 1951 bei der Gründung des Königreiches Libyen geeint. Über 60% der Bevölkerung lebt in Tripolitanien und etwa 28% in Cyrenaika. Im vernachlässigten

Süden leben nur etwa 8% der Bevölkerung. Traditionell besteht eine kulturelle Spannung zwischen den zwei nördlichen Regionen, denn die westliche Region ist nach Tunesien hin orientiert, während sich der östliche Teil nach Ägypten ausrichtet.

Im Rückblick auf die Ereignisse der letzten drei Jahre wird allgemein anerkannt, dass in Libyen eine neue Epoche angebrochen ist. Die Menschen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand, und die freien Wahlen haben es ihnen erlaubt, ihre politische Führung selbst zu bestimmen. Sie sind nicht mehr bereit, sich von Diktatoren steuern zu lassen. Doch die Folgen der Jahrzehnte langen Diktatur des Colonels *al-Gaddafi* bestimmen immer noch die gegenwärtige Entwicklung. Die aktuelle schwache Wirtschaft ist die Folge der Auflösung von sozialem Zusammenhalt und religiös-kulturellen Traditionen.

Die aktuelle politische Situation wird unterschiedlich bewertet. Die Libyer selbst sehen besonders die positive politische Entwicklung, und die Chancen der Demokratisierung werden hoch eingeschätzt.³ Ausländische Beobachter sind allerdings der Meinung, dass Libyen unter einer politischen Führungskrise leidet, weil die Bereitschaft noch nicht vorhanden ist, politische Verantwortung zu übernehmen. Während der Diktatur wurde sie nicht gefördert, und jeder war auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen ausgerichtet. Außerdem fehlt es an Erfahrung, wie sich politische Koalitionen bilden, die im demokratischen System notwendig sind. Selten bekommt eine Partei die absolute Mehrheit bei der Wahl, um alleine regieren zu können.

Bei dem Demokratisierungsprozess übernehmen die Medien eine wichtige Aufgabe. Die Übergangsregierung gründete deshalb im Jahre 2011 den „Rat für die Unterstützung und Förderung der Presse“ (CESP). Mit dem Aufbau wurde *Idris al-Mimari*, eine Symbolfigur des Widerstandes gegen *al-Gaddafi*, beauftragt. Als Arbeitsinstrument gründete er die halboffizielle, doch kritische Zeitung „Frytag“. Mit ihr wollte er in der chaotischen Presselandschaft Maßstäbe setzen. Das gelang ihm allerdings nicht, weil auf die Informationen, die aus den Ministerien kamen, kein Verlass war. *al-Mimari* machte diese Erfahrung, weil er heute die Freiheit hat, sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Der Fernsehjournalist *Muhammad al-Saghir* brachte es auf den Punkt: „Früher hatten wir nur eine rote Linie, nämlich *al-Gaddafi* und seine Familie. Heute haben wir Hunderte davon“. Damit spielte er auf das zweite Problem an, die Milizen, denn sie reagieren aggressiv auf eine kritische Berichterstattung. So haben sie zum Beispiel durch Druck erreicht, dass die Medien nicht mehr den negativ besetzten Terminus „Milizen“ verwenden, sondern nur noch von „Revolutionsbrigaden“ sprechen. Allerdings stellt man auch fest, dass nicht alle Journalisten sich so leicht von den Milizen einschüchtern lassen.⁴

Die libysche Bevölkerung ist fast ganzheitlich muslimisch, doch gehören die Libyer verschiedenen islamischen Rechtsschulen an. Etwa 95% der Libyer gehören zur Schule der Malikiten, die im ganzen Maghreb dominiert. Die Berber im Djebel Nafusa gehören dagegen zu der ibaditischen Rechtsschule der Kharidjiten. Sie bilden eine der ältesten islamischen Gemeinschaften. Sie waren zunächst fanatische Anhänger des 4. Kalifen Ali, Vetter und Schwiegersohn Muhammads, wandten sich später jedoch gegen ihn. Ali verlor gegen den Gegenkalifen Muawiya (r. 661-680) in der Schlacht bei Siffin (657). Die Kharidjiten unterwarfen sich nicht dem Sieger und bildeten eine kleine Oppositionsgruppe, die heute in Nordafrika und in der Golfregion lebt.

Die Nichtmuslime in Libyen sind Ausländer, die in den letzten Jahrzehnten ins Land kamen. Die 1945 ausgewanderten Italiener wurden durch Malteser ersetzt. Nach 1970 holte *al-Gaddafi* Arbeitskräfte aus China, Polen, Korea und den Philippinen ins Land. Seit 1988 wurden arabische Arbeitnehmer angeworben, unter ihnen eine große Zahl von Kopten aus Ägypten.

Um seine eigene Armee zu schaffen, heuerte *al-Gaddafi* ausländische Söldner an, von denen die meisten aus Mali kamen. Nach der politischen Wende 2011 verließen viele das Land. Andere blieben, bedienten sich im Waffenarsenal und gehören zu den zahlreichen Milizen, die innenpolitisch eine negative Rolle spielen.

Eine weitere große Gruppe von Ausländern bilden die Flüchtlinge aus Schwarzafrika. Für sie ist Libyen nur eine Zwischenstation, denn ihr Ziel ist Europa. Ihre Situation ist dramatisch. Die Europäische Union gab bereits 2005 „Richtlinien zum Schutz für Flüchtlinge aus Nordafrika und für eine wirkungsvolle Bekämpfung illegaler Migration“ heraus.⁵

Die Ausländer können in folgende Gruppen eingeteilt werden:

- Legale Arbeitsmigranten vorwiegend aus Ägypten, der Türkei, Tunesien und asiatischen Ländern. Die ausländischen Projektmitarbeiter kommen aus Europa und Nordamerika,
- Flüchtlinge aus Schwarzafrika ohne einen Rechtsstatus,
- Diplomaten und Studenten.

Die ausländischen Arbeitnehmer und Flüchtlinge sind Muslime, Hindus, Baha'i, Buddhisten und Christen unterschiedlicher Konfessionen.⁶

Situation der verschiedenen Konfessionen

Islam

Der Islam gehört zur libyschen Gesellschaft und in der Neuorientierung spielt er eine wichtige Rolle.

Libyen hatte während der Herrschaft *al-Gaddafis* keine Verfassung, und der Islam hatte daher auch keinen offiziellen Rechtsstatus vergleichbar dem in den anderen Staaten des Maghreb. Die aktuelle Diskussion im Blick auf die Ausarbeitung der künftigen Verfassung zeigt aber, dass die Frage nach dem Stellenwert des Islam eine zentrale Rolle spielen wird. Vorerst bleibt allerdings offen, welchen Text die sechzigköpfige Expertenkommission, die vom Volk gewählt wurde, dem Parlament vorlegen wird.

Säkulare oder gar laizistische Tendenzen sind in Libyen schwach ausgebildet. Es ist aber festzustellen, dass sich die staatliche Islampolitik seit dem Tod des Diktators oder De-facto-Staatschefs *al-Gaddafi* im Oktober 2011 stark verändert hat. Der *Nationale Übergangsrat* hat neue religiöse Institutionen geschaffen, zahlreiche politische Gruppen mit religiösem Bezug sind neu entstanden und sie nehmen am politischen Geschehen aktiv teil. So kündigte der Nationale Übergangsrat bereits am 3. August 2011 in seiner Erklärung zur zukünftigen Verfassung an, dass die Scharia die Quelle der Gesetzgebung sein werde. Andererseits wurden religionspolitische Maßnahmen *al-Gaddafis* zurückgenommen, beibehalten wurden aber das Alkoholverbot und die Islamische Missionsgesellschaft.

Am 23. November 2011 wurde die Befreiung Libyens proklamiert. Der Übergangsrat gründete ein *Ministerium für religiöse Stiftungen* (*awqaf*) und religiöse Angelegenheiten. Das Ministerium ist zuständig für die religiösen Stiftungen, die Organisation der Pilgerreise nach Mekka (*hadsch*), für die Moscheen und ihre Imame. Die Zahl der Moscheen wird auf etwa 3.000 geschätzt und ein Programm für den Bau neuer Moscheen und zur Renovierung bestehender Moscheen ist angelaufen. Es läuft auch das Programm, die Imame materiell besserzustellen sowie in ihre Fortbildung zu investieren und neue Imame anzuwerben.

Ferner gründete der Übergangsrat ein *Fetwa-Amt* (*dar ul-ifta'*) und der Großmufti *Scheich al-Ghariani* wurde als Leiter der Behörde eingesetzt. *Scheich al-Ghariani* gibt seit 2011 Rechtsgutachten (*fatwa*) und Stellungnahmen zu vielen aktuellen Problemen im Land ab und greift so in die Politik ein. Als „moralischer Kompass in schwierigen Zeiten“ wird er als Vermittler bei Konflikten hinzugezogen.⁷

Auch der Ausbildungssektor wurde religiös neu ausgerichtet. Während der Monarchie (1951-1969) wurde ein umfangreiches religiöses Schulwesen aufgebaut, das von *al-Gaddafi* stark abgebaut worden war. Nur die Fakultäten für

Islamstudien und arabische Sprache unterlagen keiner Reform. Die „Asmariya-Universität für islamische Wissenschaften“ in der Stadt Zliten, die 1993 vom *Allgemeinen Volkskomitee* als Bollwerk gegen salafistische und dschihadistische Bewegungen gegründet wurde, bleibt bestehen. Man kann auch davon ausgehen, dass das im Jahr 2000 gegründete „Höhere Institut für Scharia-Studien“ in Baida bestehen bleibt und die „Fakultäten für das islamische Recht“ an den Universitäten in Tripolis und Benghazi ausgebaut werden.

Eine wichtige Einrichtung ist die von *al-Gaddafi* gegründete „Islamische Missionsgesellschaft“.⁸ Sie ging aus der ersten internationalen Islamkonferenz 1970 hervor und sollte das Instrument werden, mit dem *al-Gaddafi* eine weltweite Islammission betreiben konnte. Besonders unter dem Generalsekretär Dr. *Muhammad Ahmad al-Sharif* entwickelte die Gesellschaft zahlreiche Aktivitäten in Schwarzafrika, Asien, Südamerika und Europa. Es wurden islamische Kulturzentren geschaffen, um die Muslime in Regionalverbänden zu organisieren und sie mit den Islamvorstellungen *al-Gaddafis* zu indoktrinieren. Hinzu kommt die Ausbildung ausländischer Studenten zu Imamen und Predigern in Libyen. In der Vergangenheit wurde die *Islamische Missionsgesellschaft* von einem Kongress, der alle fünf Jahre stattfand, beraten.⁹

Seit seiner Gründung war der Islamische Missionsrat bemüht, gute Beziehungen zum *Heiligen Stuhl* aufzubauen. Zwischen 1976 und 1989 fanden regelmäßige Treffen statt. Das letzte Seminar, das vom 15. bis 17. Dezember 2012 im *Vatikan* stattfand, behandelte vier wichtige Themen:

- Die erste und wichtigste Verantwortung der religiösen Führer ist es, der Herrlichkeit Gottes zu dienen.
- Die religiösen Verantwortlichen müssen die grundlegenden Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden und das Gemeinwohl der Gesellschaft fördern, insbesondere im Hinblick auf die Bedürftigen, die Migranten und die Unterdrückten.
- Die Religionsführer tragen eine besondere Rolle für die Jugendlichen.
- Die Religionsführer müssen bei nationalen und internationalen Spannungen als Brückenbauer und Friedensstifter handeln.¹⁰

Seit dem politischen Wechsel gibt es eine Vielzahl von Vereinigungen und politischen Parteien mit einer religiösen Prägung. Hier seien nur die einflussreichsten Gruppen genannt.

Die *Muslimbrüder* agierten während der Herrschaft *al-Gaddafis* im Untergrund. Heute spielen sie eine aktive Rolle bei der politischen Neuorientierung. Die politische Niederlage der *Muslimbrüder* in Ägypten hat daran kaum etwas geändert. Ferner sind die mehr oder weniger locker formierten *Salafisten* zu nennen sowie die in Ostlibyen aktiven *Ansar al-shari'a* und etwa 500 Milizen-

gruppen, die gegen *al-Gaddafi* kämpften, heute auch politisch aktiv, ideologisch aber schwer einzuordnen sind.

Auferstanden sind auch die *Sufi*-Gruppen und Bruderschaften, die vor *al-Gaddafi* in Libyen starken gesellschaftlichen Einfluss ausübten und wieder an der politischen Machtausübung teilhaben möchten.

Juden

Die letzte Jüdin verließ 2003 Libyen und zog nach Rom. Damit endet eine 2.500-jährige jüdische Geschichte. Während der Herrschaft Roms soll es eine blühende Gemeinde gegeben haben. Nach der 2. Jüdischen Revolte (um 116 n. Chr.) sollen viele Juden aus Palästina bei den Berbern und in der Sahara Zuflucht gesucht haben. Eine zweite große Immigrationswelle gab es im 14. und 15. Jahrhundert, als die Juden in Spanien sich entscheiden mussten, zum Christentum zu konvertieren oder auszuwandern. Während der italienischen Kolonialzeit verloren die Juden ihre kommunale Selbständigkeit. Im November 1945 kam es zu Feindseligkeiten der Araber gegenüber den Juden und zu einer Auswanderungswelle. Nach der Gründung des Staates Israel 1948 verstärkte sich der Druck auf die jüdische Bevölkerung und viele weitere wanderten aus. Nach 1962 lebten noch etwa 30.000 Juden in Libyen. Nach anti-jüdischen Ausschreitungen und der offiziellen Ausweisung seitens der Regierung verließen die Juden, bis auf eine kleine Minderheit, das Land. Heute gibt es offiziell keine jüdische Gemeinschaft mehr in Libyen, und die meisten Spuren der jüdischen Präsenz wurden zerstört oder für andere Zwecke umfunktioniert. Die meisten „libyschen Juden“ wohnen heute in Italien, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien.

Ein nicht gelöstes Problem ist die Wiedergutmachung an den Juden, die gezwungen waren, das Land zu verlassen. *al-Gaddafi* hatte mehrmals eine Entschädigungen für das Kollektiv- und Privatvermögen versprochen. Bei seinem letzten Besuch in Rom im Jahre 2010 war *al-Gaddafi* zu einem Treffen mit den Juden bereit, um eine Lösung für das Problem zu finden. Da er die jüdische Delegation jedoch nur an einem Samstag empfangen wollte, sagten die Juden ab, um nicht den Sabbat zu entweihen.

al-Gaddafi hat die Juden mehrmals eingeladen, zurückzukommen, diese haben allerdings die Einladung mit der Begründung abgelehnt, dass dann den Palästinensern erlaubt werden müsse, nach Palästina zurückzukommen.

Nach dem politischen Wechsel haben Vertreter der *World Organization of Libyan Jews* in Or Yehude, Israel, versucht, Kontakte zum *Nationalen Übergangsrat* aufzubauen. Da der Aufbau von politischen Strukturen und Zivilgesellschaft nur langsam voran schreiten, sind die Beziehungen nicht über erste Kontakte hinausgekommen.¹¹

Christen

Die ersten Christen, die nach der arabisch-islamischen Eroberung wieder nach Libyen kamen, waren fast ausnahmslos Sklaven der nordafrikanischen Seeräuber. Zu ihrer Betreuung wagten sich bald katholische Ordensleute an die damals so genannte „Barbarenküste“. Traurige Berühmtheit erlangte *Jean Le Vacher*, der 1683 als menschliche Kugel aus einer Kanone geschossen wurde, weil er es abgelehnt hatte, Muslim zu werden. Von ihm ist eine Beschreibung des Elends, aber auch von der Glaubensstärke der christlichen Galeerensklaven im libyschen Tripolis erhalten.

Die kleinen christlichen Gemeinschaften bestehen heute überwiegend aus Ausländern. Die größte Gruppe bilden die Flüchtlinge aus Afrika südlich der Sahara, gefolgt von den ausländischen Arbeitskräften aus Ägypten, Europa und Nordamerika. Die kleine Gruppe der Christen aus Asien kommt hauptsächlich aus Indien. Man schätzt, dass unter den 6,5 Mio. Libyern etwa 2,7% Christen leben. Die genauen Zahlen können nicht genannt werden und so gehen die Schätzungen von 70.000 – 172.800.¹² Der Deutsche Bundestag spricht von 100.000 Christen in seiner Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.7.2008 zur „Sicherstellung des Menschenrechts der Religions- und Glaubensfreiheit“.¹³

Die katholische Kirche

Die Katholische Kirche hat eine lange Geschichte in Libyen. Im Neuen Testament wird Simon von Cyrene genannt und Synesios (370-414), Bischof von Tripolis, wird als Kirchenlehrer verehrt. Nach der Eroberung durch die muslimischen Araber (642-666) erlosch die Kirche. Ein Neuanfang wurde 1630 gemacht, als die Franziskaner ins Land kamen.

Die italienische Kolonialisierung ab 1912 brachte katholische Siedler ins Land. Die katholische Kirche baute ihre Hierarchie auf, baute Kirchen und legte Friedhöfe an. Mussolini und seine Marschälle bekämpften und unterdrückten die muslimische Bevölkerung, sodass die Italiener nach der Niederlage 1945 das Land verlassen mussten. Kein Wunder auch, dass *al-Gaddafi*, ein militanter Anti-Kolonialist und „Dritte-Welt-Ideologe“ (Tiermondiste), nach seiner Macht-ergreifung 1969 die Kathedralen der Kolonialzeit geschändet hat. Zuerst wurden sie in Ziegenställe verwandelt und dann zu Moscheen umgebaut.

Die Katholiken bilden die größte Gruppe, und die Schätzungen liegen zwischen 50.000 und 75.000. Eine genaue Mitgliedszahl kann nicht genannt werden, da die meisten Katholiken aus Schwarzafrika stammen und sich illegal im Lande aufhalten.

Während der italienischen Kolonialzeit entstanden die drei Apostolischen Vikariate von Tripolis, Benghazi und Dena sowie die Apostolische Präfektur von

Misurata. Der gesamte Kirchenbesitz wurde nationalisiert. Der Kirche blieben noch zwei Kirchen (Tripolis und Benghazi) und der Apostolische Vikar durfte mit zehn Priestern die Pastoral unter den Katholiken aufbauen.

Nach der September-Revolution im Jahr 1969 schloss der Heilige Stuhl am 10. Oktober 1970 ein Abkommen mit dem libyschen Staat, um die materielle und rechtliche Situation der katholischen Kirche zu regeln. Am 13. März 1985 nahmen der Vatikan und Libyen diplomatische Beziehungen auf und *Bischof Sylvester Carmel Magro OFM* wurde zum Apostolischen Vikar von Benghazi ernannt. Die diplomatischen Beziehungen sind eine große Hilfe für die Tätigkeit einer Ortskirche in einem islamisch geprägten Land. Es ist die juristische Anerkennung ihrer Präsenz und ihrer kirchlichen Struktur.

al-Gaddafi bat *Papst Paul VI.*, ihm Ordensschwwestern für den Krankendienst zu senden. 1973 kamen die ersten 23 polnischen Ordensfrauen, die in zwei Krankenhäusern die Arbeit aufnahmen. Sie durften in ihren Häusern Kapellen einrichten, die auch von anderen Christen benutzt werden konnten.

Spannungsfrei sind die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der libyschen Gesellschaft allerdings nicht. Anfang 2013 haben die Mitglieder zweier Ordensgemeinschaften auf Druck von Islamisten das Land verlassen. Der Apostolische Vikar, *Bischof Martinelli*, musste die kirchlichen Aktivitäten im Osten des Landes reduzieren. In Tripolis explodierte am 17. Mai 2013 eine Bombe im Flur zum Hof der katholischen Kirche.

Die koptisch-orthodoxe Kirche

Zahlenmäßig ist die koptische Kirche wahrscheinlich genauso groß wie die katholische. Ihre Mitglieder kommen fast ausschließlich aus Ägypten und sie werden auf etwa 50.000 geschätzt. Die Kirche hat zwei Bischofssitze in Tripolis und in Benghazi.

In Libyen hat die koptische Kirche den schwierigsten Stand. Zum einen sind sie Araber, und im Verständnis der Libyer sind Araber Muslime. Zum anderen spielt die internationale Politik eine Rolle. Der *Libya Herald* berichtete, dass Unbekannte am 14. März 2013 in die Kirche von Benghazi eindringen, die zum Gebet versammelten Kopten aus der Kirche vertrieben und die Kirche anschließend in Brand setzten. Der Überfall auf einen koptischen Priester am 28. Februar 2013 wurde von der libyschen Regierung verurteilt. Die Entschuldigung kam nach der Festnahme und Ausweisung von 50 koptischen Christen einige Tage zuvor. Als Grund wurde die „Abwerbung von Gläubigen“ genannt. Der *Libya Herald* interpretiert diese Taten als einen Vergeltungsakt, um sich für den Anschlag auf die libysche Botschaft in Kairo zu rächen. Für den Anschlag macht die Zeitung koptische Christen verantwortlich, die wiederum mit diesem Anschlag gegen den

Tod eines ägyptischen Christen protestierten, der am 10. März an den Folgen von Folter in einem Gefängnis in Tripolis gestorben war.¹⁴

Die griechisch-orthodoxe Kirche

Zur griechisch-orthodoxen Kirche gehört eine verschwindend kleine Zahl von Griechen. Die wenigen Ukrainer und Russen, die im Lande leben, haben sich ihr angeschlossen.

Die anglikanische Kirche

Die anglikanische Kirche kam nach der Niederlage der Italiener 1945 mit der Mandatsübernahme von Großbritannien nach Libyen. Sie ist im karitativen Bereich tätig und unterhält Krankenhäuser, einen Kindergarten und ein Seniorenheim.

Die protestantischen Kirchen

Mit der Eröffnung von Konsulaten der jungen USA kamen Ende des 18. Jahrhunderts erste evangelische Christen nach Libyen. Von der Tochter eines Konsuls sind ergreifende Tagebücher unter dem Titel „Verfolgt wie die Kirche der Märtyrer und Katakomben“ über diesen Neuanfang erhalten.

Als letzte ist eine schwer zu definierende christliche Gruppe zu nennen. Deren Mitglieder sind nichtkonfessionell organisiert und schließen sich keiner Kirche oder anerkannten oder geduldeten kirchlichen Gemeinschaft an. Sie sind entweder charismatisch oder fundamentalistisch ausgerichtet und zu ihnen gehören vor allem Afrikaner und Filipinos.¹⁵

Wesentliche Detailfragen

Libyen hat unter den Staaten des *Arabischen Frühlings* die wohl tiefsten Umwälzungen erfahren. Zahlreiche Akteure sind auf die politische Bühne getreten und wollen bei der Neugestaltung des Staates mitmischen. Für den Beobachter der Situation sind sie schwer zu identifizieren und einzuordnen. Der Zusammenbruch der Diktatur *al-Gaddafi* hat ein unklares Kräfteverhältnis erzeugt und ein institutionelles Chaos geschaffen.

Spaltung der libyschen Gesellschaft

Die Gesellschaft im neuen Libyen ist tief gespalten. Ein politisches Lager bezeichnet sich selbst als revolutionär und will einen umfassenden Wechsel der politischen Verantwortlichen. Ein anderes Lager ist sehr heterogen, denn es besteht aus etablierten, konservativen, islamistischen und moderaten Kräften. Die Kluft zieht sich sowohl

durch den im Juli 2012 gewählten Nationalkongress als auch durch die ethnischen Gruppen, Städte, Regionen und die verschiedenen Einheiten des Sicherheitssektors.

Menschenrechte

Laut *Reporter ohne Grenzen* liegt Libyen auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 131 von 179 Ländern. Auch amnesty International berichtet, dass die Menschenrechte von den neuen Behörden stark eingeschränkt werden. *al-Gaddafi*-Anhänger werden gefoltert und getötet, Schwarzafrikaner pauschal als Söldner *al-Gaddafis* angesehen und daher diskriminiert oder gar verfolgt. Schätzungen zufolge sind landesweit mehr als 6.000 Menschen verhaftet worden und bisher ohne offizielle Anklage oder Aussicht auf einen Prozess. In den Internierungszentren der Stadt Misrata z.B., die nicht dem *Nationalen Übergangsrat*, sondern der dortigen *Revolutionsbrigade* unterstehen, werden Gefangene gefoltert. Die Hilfsorganisation *Ärzte ohne Grenzen* stellte bei 115 Gefangenen Verletzungen durch Folter fest.¹⁶

Insgesamt kämpft Libyen an zwei Fronten: Die Normalisierung will nicht recht Fuß fassen, wie man zum Beispiel an der Verzögerung der überfälligen Wahl zur *Verfassungsgebenden Versammlung* ablesen kann. Auch das Wirtschaftsleben hat sich trotz Aufhebung der meisten Sanktionen noch nicht wieder normalisiert. Um diesen Problemen wirksam zu begegnen, muss Libyen die staatlichen Strukturen hierzu erst schaffen.

Das Milizen(un)wesen

Währenddessen profitieren Milizen mit unterschiedlichen Interessen vom Fehlen einer starken Zentralmacht. Man kann sogar feststellen, dass sie ihre Positionen konsolidiert haben und mit Waffengewalt und Einschüchterungen den politischen Demokratisierungsprozess zu beeinflussen suchen, indem sie Drohkulissen aufbauen. So besetzten sie im Juni 2012 den Flughafen von Tripolis oder sie besetzten kurzerhand mehrere Ministerien.¹⁷

Situation der Flüchtlinge im Lande

Bewaffnete Milizen und die Polizei nehmen Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung willkürlich fest, die dann in unzumutbaren Lagern festgehalten werden, um schließlich abgeschoben zu werden. Unter dieser Willkür leiden besonders die christlichen und muslimischen Afrikaner, die auf dem Weg nach Europa sind. Das *Europäische Parlament* hat bereits mit *al-Gaddafi* Verträge abgeschlossen, um den Flüchtlingsstrom von Süden nach Norden zu unterbinden.¹⁸

Obwohl in der *Verfassungserklärung* vom August 2011 das Recht auf Asyl verankert war, hatte die libysche Regierung die *Genfer Flüchtlingskonvention* noch nicht ratifiziert. Sie hatte außerdem weder eine Vereinbarung mit dem *UN-Hochkommissar für Flüchtlinge* unterschrieben noch ein eigenes Asylgesetz erlassen.

Fazit

Die Lage der Nichtmuslime in Libyen ist düster und drei Jahre nach dem Sturz von *Muammar al-Gaddafi* steht das Land vor dem Verfall. Der Spiegel veröffentlichte am 7. Juli 2013 aus einem vertraulichen Bericht der NATO, dass alle Parteien in Libyen, national oder international, darin übereinstimmen, dass die Lage fragil und unhaltbar sei. Weder die Armee, noch die Polizei seien in der Lage, die Sicherheit im Land zu garantieren. Im Lande findet sich das weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen, darunter Minen, Munition sowie tragbare Flugabwehrsysteme. Die Behörden sind unfähig, die Kontrolle über ihr Staatsgebiet herzustellen. Sie haben zusehen müssen, dass bewaffnete Milizen sich ihrer bedienen und Teil der Unsicherheit sind.

Das Ende der Diktatur von *al-Gaddafi* schien den Weg für eine neue Zukunft frei zu machen. Die Übergangsregierung erklärte, Libyen zu einem gemäßigten islamischen Staat umzuwandeln, der sich bei Gesetzgebung und Rechtsprechung an der Scharia orientiert. Die neuere Geschichte der islamischen Völker und Staaten hat gezeigt, dass die Scharia einen großen Interpretationsspielraum bieten kann. Aber die Diskussionen zwischen Vertretern eines traditionellen, moderaten, säkularen und islamistischen Islam im Land zeigen, dass die Neuausrichtung ein schwieriges Unterfangen ist.

Unter *al-Gaddafi* durften die ausländischen Christen in den ihnen zugestanden Räumen Gottesdienste feiern. *al-Gaddafi* organisierte vom 2. bis 5. Februar 1976 einen islamisch-christlichen Kongress in Tripolis. Früchte dieses Kongresses waren, dass die Christen die Kirche in Benghazi zurück bekamen, später ein zweiter Bischofssitz in der Stadt eingerichtet werden konnte und diplomatische Beziehungen zum Vatikan aufgenommen wurden.

Aber der Glaube der ausländischen Christen, die regulär in Libyen leben, wird überwacht. Sie haben eine relative Freiheit, ihren Glauben zu praktizieren. Ganz anders sieht es bei den illegalen Flüchtlingen aus Schwarzafrika und den ganz wenigen vom Islam zum Christentum konvertierten Libyern aus. Die einen sind auf der Flucht und die anderen leben ein Katakomben-Dasein.

Libyen ist also noch weit davon entfernt, ein demokratischer Staat zu sein, in dem die Menschenrechte im Allgemeinen und die Gewissens- und Religionsfreiheit im Speziellen nach UN-Maßstäben respektiert werden.

Glossar

- **Allianz Nationaler Kräfte:** Föderation mehrerer Parteien unter Führung Mahmoud Jibrils. Sie ist stärkste Fraktion im Nationalkongress.
- **Exekutivkomitee:** Temporäre Regierung des Übergangsrates unter Führung Mahmoud Jibrils. März – November 2011.
- **Lokalrat:** Lokale Komitees, entstanden während oder nach dem Bürgerkrieg; ihre Mitglieder wurden gewählt oder sie haben sich selbst ernannt.
- **Militärrat:** Lokales Militärkomitee aus zivilen und militärischen Mitgliedern. Er wurde gebildet während oder nach dem Bürgerkrieg.
- **Nationaler Übergangsrat (TNC):** gebildet Februar/März 2011 und aufgelöst mit der 1. Sitzung des Nationalkongresses, August 2012. Vorsitzender war Mustafa Abdljelils.
- **Nationalkongress:** Temporäres Parlament, gewählt im Juli 2012.
- **Oberste Sicherheitskomitees (OSKs):** Dem Innenministerium unterstellte Einheiten aus revolutionären Brigaden und Milizen.
- **Shura-Rat:** gebildet aus Stammesfürsten oder prominenten Persönlichkeiten.
- **Übergangsregierung:** von November 2011 bis November 2012, Regierungschef war Abdelrahim al-Kib.
- **Verfassungserklärung:** vom August 2011, Arbeitsprogramm für den Übergangsprozess zur Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung und zur Vorbereitung von Wahlen.
- **Verfassungskomitee:** ein aus 60 Mitgliedern (je 20 aus den drei Regionen) bestehendes Gremium, das direkt vom Volk gewählt wird und eine Verfassung ausarbeiten soll.

Endnoten

- 1 Eine gute Zusammenfassung über islamische Bruderschaften und Marabut in: Pierre Rondot, *Der Islam und die Mohammedaner von heute* (Stuttgart: Schwabenverlag, 1963), S. 242-259.
- 2 Volks-Republik
- 3 Lindsay Benstead, „It's Morning in Libya“, *Foreign Affairs*, 6. August 2013
- 4 Joseph Croitoru, „Es gibt heute Hunderte von roten Linien“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. Juli 2013
- 5 Hans Vöcking, „Les politiques de migration européennes et africaines“, Exposé, CCEE-SECAM Seminar: Migration as a new point of evangelization and solidarity, Liverpool, 19-23 November 2008
- 6 <http://www.state-jv/j/drl/irf/religiousfreedom/#wrapper>
- 7 Wolfram Lacher, „Bruchlinien der Revolution. Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen“. Berlin, SWP-Studien, März 2013
- 8 Sie ist bekannt unter der Bezeichnung „World Islamic Call Society“
- 9 Hanspeter Mattes, „Libyen: Staatliche Religionspolitik im Dienst der Septemberrevolution“, in: Sigrid Faath (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*, GIGA, 2007, S. 114
- 10 Agenzia Fides, 18. Dezember 2012.
- 11 <http://heplev.wordpress.com/2012/02/13/libysche-juden-beobachten-das-libyen-nach-gaddafi/>
- 12 <http://www.opendooors.de/verfolgung/news/2011/10-2011/21102011libyen/>
- 13 Drucksache 16/7902
- 14 Fidesdienst 15. März 2013
- 15 International Religious Freedom Report 2010
- 16 <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/libyen?destination=node%2F2971>
- 17 Wolfgang Mühlberger: Libyen im Jahr zwei nach Gaddafi. Schwacher Staat und dreiste Milizen. Zenith, 2. August 2013
- 18 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//Text+TA+P/-TA-20>.
- 19 s.a. Wolfgang Mühlberger, „Post-Election Libya: Tuck in Transition. Opinions on the Mediterranean“. The German Marshall Fund of the United States, August 2013

Erschienenene Publikationen:

- | | |
|---|--|
| 24 Länderberichte Religionsfreiheit, Libyen
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 532 | 12 Länderberichte Religionsfreiheit, Algerien
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 520 |
| 23 Länderberichte Religionsfreiheit, Nepal
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 531 | 11 Länderberichte Religionsfreiheit, Indien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 511 |
| 22 Länderberichte Religionsfreiheit, Irak
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 530 | 10 Länderberichte Religionsfreiheit, Vereinigte Arabische Emirate
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 510 |
| 21 Länderbericht Religionsfreiheit Singapur
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 529 | 9 Länderberichte Religionsfreiheit, Vietnam
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 509 |
| 20 Länderbericht Religionsfreiheit Malaysia
deutsch (2014) – Bestellnummer 600 528 | 8 Länderberichte Religionsfreiheit, China
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 508 |
| 19 Länderberichte Religionsfreiheit, Ägypten
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 527 | 7 Länderberichte Religionsfreiheit, Kuwait
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 507 |
| 18 Länderberichte Religionsfreiheit, Indonesien
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 526 | 6 Länderberichte Religionsfreiheit, Türkei
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 506 |
| 17 Länderberichte Religionsfreiheit, Laos
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 525 | 5 Länderberichte Religionsfreiheit, Marokko
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 505 |
| 16 Länderberichte Religionsfreiheit, Nigeria
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 524 | 4 Länderberichte Religionsfreiheit, Tunesien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 504 |
| 15 Länderberichte Religionsfreiheit, Kambodscha
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 523 | 3 Länderberichte Religionsfreiheit, Jordanien
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 503 |
| 14 Länderberichte Religionsfreiheit, Myanmar
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 522 | 2 Länderberichte Religionsfreiheit, Ägypten
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 502 |
| 13 Länderberichte Religionsfreiheit, Bangladesch
deutsch (2013) – Bestellnummer 600 521 | 1 Länderberichte Religionsfreiheit, Pakistan
deutsch (2012) – Bestellnummer 600 501 |

missio setzt sich ein für Religionsfreiheit im Sinne des Artikels 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948, des Artikels 18 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) vom 16. Dezember 1966 und der Erklärung *Dignitatis humanae* des Zweiten Vatikanum über die Religionsfreiheit vom 7. Dezember 1965. Diese hält fest:

„Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat. Diese Freiheit besteht darin, dass alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang sowohl von Seiten Einzelner wie gesellschaftlicher Gruppen, wie jeglicher menschlichen Gewalt, so dass in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen – innerhalb der gebührenden Grenzen – nach seinem Gewissen zu handeln. Ferner erklärt das Konzil, das Recht auf religiöse Freiheit sei in Wahrheit auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geoffenbarte Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird. Dieses Recht der menschlichen Person auf religiöse Freiheit muss in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, dass es zum bürgerlichen Recht wird.“
(*Dignitatis humanae*, 2)



Internationales Katholisches Missionswerk e.V.

Fachstelle Menschenrechte

Postfach 10 12 48

D-52012 Aachen

Tel.: ++49/241/7507-00

Fax: ++49/241/7507-61-253

E-Mail: menschenrechte@missio.de

Spendenkonto 122 122

Pax Bank eG

BLZ 370 601 93

Autor: P. Hans Vöcking MAfr

© missio 2014

ISSN 2193-4339

missio-Bestell-Nr. 600 532

